

Rheinbrücke: Große Freude

Nach Unesco-Entscheidung aber auch Kritik

Seit 40 Jahren warten die Menschen im Mittelrheintal auf eine Rheinbrücke. Nie standen die Chancen so gut wie heute, dass sich der Traum bald erfüllt. Für manche ist es aber auch ein Albtraum.

Mittelrhein. Das Welterbekomitee der Unesco hat gestern Abend die Pläne der Landesregierung, bei St. Goarshausen eine Brücke über den Rhein zu errichten, gebilligt. Das Echo in der Region reicht von „überwältigt“ bis „entsetzt“.

In einer ersten Stellungnahme sagt Roger Lewentz (SPD), Staatssekretär im Innenministerium und ehemaliger Ortsbürgermeister von Kamp-Bornhofen: „Ich bin sehr glücklich. Der Brückenbau ist für die Region sehr wichtig. Ich hatte innerlich schon befürchtet, dass wir noch mehr Hausaufgaben machen müssen.“ Landrat Günter Kern (SPD), der zwölf Jahre als Bürgermeister der Verbandsgemeinde Loreley tätig war, bezeichnet die Entscheidung der Unesco als „absoluten Durchbruch“. Gerade das dezente Auftreten der Landesdelegation sei in Brasilia „in den höchsten Tönen gelobt worden“. Doch genau

dieses Vorgehen verurteilt der Bundestagsabgeordnete Josef Winkler aus Bad Ems. Der Grünenpolitiker sagt: „Ich bin entsetzt. Das Gemauschel der Delegation hat offensichtlich den Ausschlag gegeben, dass sich der Rat der Fachleute so entschieden hat. Fachlich gesehen gibt es keinen Grund für eine Brücke.“ Winkler kündigt harten Widerstand seiner Partei im Laufe des Planungsverfahrens an. „Wir werden das Verfahren aufs Strengste kontrollieren und verzögern, damit die Fähren noch ein paar Jahre überleben.“ Ganz anders schätzt Dieter Clasen (CDU), Bürgermeister der Verbandsgemeinde Loreley, die Lage ein: „Die Brücke ist für unsere Region so wichtig wie einst der Bau der Autobahn für den Hunsrück. Ich bin überwältigt. Es ist eine Erlösung.“

St. Goarshausens Stadtbürgermeister Bernhard Roth (CDU) fällt nach eigenen Angaben eine Last von den Schultern. „Wir haben die Hoffnung, dass der Tourismus, unsere Haupteinnahmequelle, durch die Brücke belebt wird.“ Gleichzeitig fordert er die Landesregierung auf, die Stadt künftig mehr in das Verfahren einzubinden als bisher geschehen. (wak)